

© Schwerpunkt »Welt im Fieber – Klima & Wandel«

Therapie mit schweren Nebenwirkungen

Corona und die Folgen für Welternährung und Weltgesundheit

von Stig Tanzmann

Die Corona-Krise hat schwerwiegende Folgen für die Ernährungssituation der Menschen in den ärmsten Ländern. Die Pandemie lässt mehrere hundert Millionen Menschen kurz oder langfristig hungern – und das Ziel der Völkergemeinschaft, bis 2030 den Hunger auf der Welt zu überwinden, in unerreichbare Ferne rücken. Die Auswirkungen der Krise treffen vor allem ohnehin bereits marginalisierte und vulnerable Gruppen. Die Schließung lokaler Märkte führt dazu, dass Kleinbäuerinnen und -bauern weder ihre Produkte verkaufen noch selber Nahrungsmittel erwerben können. Besonders betroffen sind hunderte Millionen Schulkinder, die keine tägliche Mahlzeit mehr in den Schulen bekommen. Insgesamt verschärft die Pandemie vor allem im globalen Süden die Probleme des derzeitigen Agrar- und Ernährungssystems. Der vorliegende Beitrag stellt diese Zusammenhänge dar und kritisiert vor allem, dass bei der Bekämpfung der Pandemie die industriellen Ernährungssysteme gestärkt, die lokalen Handels- und Vermarktungswege der Kleinbäuerinnen und -bauern hingegen weiter geschwächt werden. Auch auf Ebene der Vereinten Nationen werden im Vorfeld des 2021 anstehenden Food Systems Summit die Weichen falsch gestellt – wogegen sich bereits Widerstand in der Zivilgesellschaft regt.

Seit 2014 steigen die Zahlen der hungernden Menschen weltweit von Jahr zu Jahr wieder an (Abb. 1).¹ 2019 litten 690 Millionen Menschen chronisch an Hunger, zehn Millionen mehr als im Vorjahr. Das heißt: Jeder elfte Mensch hungert – in den Ländern Afrikas südlich der Sahara sogar jeder fünfte. 144 Millionen Kinder sind chronisch unterernährt. Wie viele Menschen an Hunger sterben, ist nicht genau erfasst. Schätzungen gehen von jährlich neun Millionen Hungertoten aus. Ohne eine radikale Kehrtwende werden im Jahr 2030 – so die Prognose der UN – 840 Millionen Menschen Hunger leiden. Und jetzt kommt zusätzlich noch Corona: Die Covid-19-Pandemie bringt bis zu 132 Millionen weitere Menschen in akute Hungergefahr.

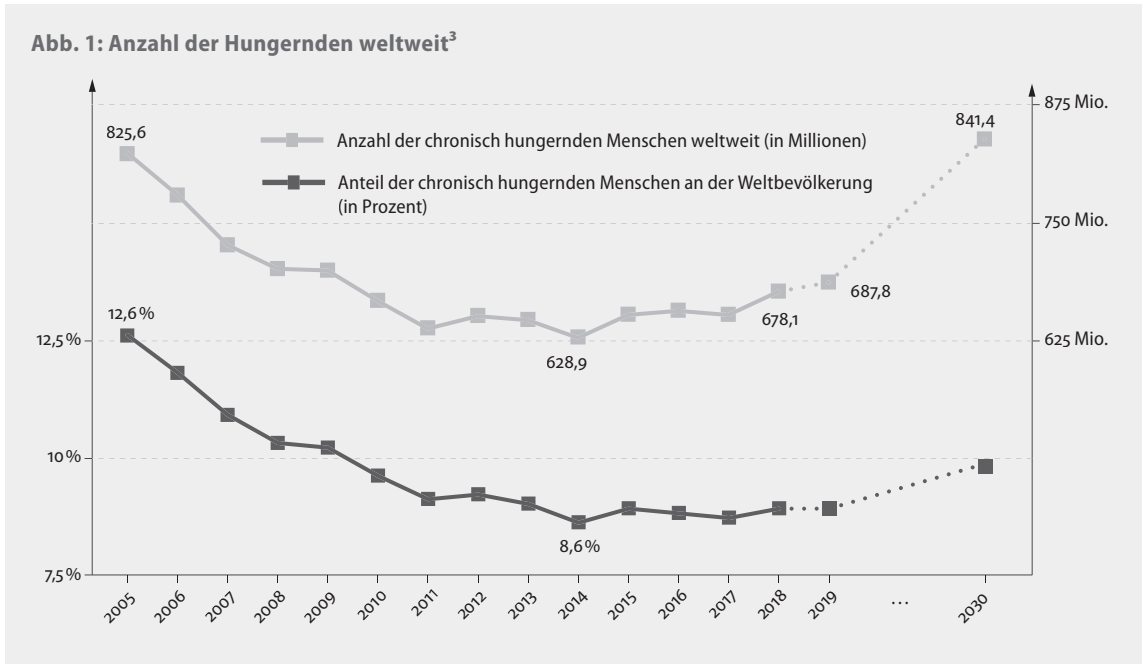
Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus trafen und treffen die Schwächsten am härtesten.² Insbesondere die harten Lockdowns im Frühjahr und Frühsommer 2020 haben viele arme Menschen weltweit hungern lassen. Stark betroffen waren Kinder: So hatten zeitweise 370 Millionen Kinder keinen Zugang mehr zu Schulessen. Für viele dieser Kinder war und ist diese Mahlzeit in der Schule die einzige verlässliche Mahlzeit am Tag. Mehrere Wochen auf sie verzichteten

zu müssen, war dramatisch und kann zu Entwicklungsproblemen geführt haben.

Von den lokalen Märkten abgeschnitten

Aber auch für viele Bäuerinnen und Bauern war die Einstellung der Schulessensprogramme während der Lockdowns ein tiefer Einschnitt. Für sie ist die Belieferung der Schulkantinen gerade mit frischen und leicht verderblichen Lebensmitteln eine zentrale Einkommensquelle. Ohne Schulessen gab es auch für sie kein Einkommen, das teilweise dringend für den Zukauf anderer Lebensmittel, aber auch für die Investition in landwirtschaftliche Produktionsmittel, gebraucht wurde.

In dieser Situation, von heute auf morgen wegen eines von oben herab verhängten Lockdowns von den lokalen Märkten abgeschnitten zu sein, befanden sich Millionen von Bäuerinnen und Bauern und insbesondere Menschen, die in den informellen Siedlungen der Länder des Südens leben. Gerade für sie waren häufig die informellen Märkte, auf denen lokales Obst, Gemüse, Fisch und Fleisch verkauft wurden, oder die Straßenküchen die zentralen Orte der Lebensmittel-

Abb. 1: Anzahl der Hungernden weltweit³

versorgung. Hier konnte man gesunde und nahrhafte sowie preiswerte Lebensmittel kaufen – ohne auf vergleichsweise teure, hochverarbeitete oder nur kalorienreiche Nahrung zurückgreifen zu müssen.

Obwohl es in den meisten Wohngebieten noch keine Krankheitsfälle gab und die Gefahr durch Covid-19 für ihre Bewohner*innen nicht spürbar war, wurde weltweit vor allem darauf gesetzt, mögliche Infektionsketten durch rigide Ausgangssperren zu unterbrechen. Jegliche Aktivitäten außerhalb der Unterkünfte wurden unterbunden und damit das Erwirtschaften von Einkommen für Tagelöhner und Tagelöhnerinnen unmöglich gemacht. Auch der informelle Lebensmittelhandel, der die städtische Bevölkerung mit erschwinglichen Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs wie Seife und Feuerholz versorgt, wurde aus den Straßen verbannt. Dieses Vorgehen führte in vielen Städten schon nach wenigen Tagen zu akutem Hunger. Auch die sozialen Auswirkungen der Ausgangssperren sind beträchtlich. Die kleinen Wellblechbaracken, die in vielen informellen Siedlungen das Bild bestimmen, sind nicht drauf ausgelegt, dass ganze Familien für viele Tage auf engstem Raum zusammenleben. Berichtet wird von einer massiven Zunahme häuslicher Gewalt.⁴

Felder betreten verboten

Gerade in Afrika waren viele Produzent*innen massiv von harten Lockdowns betroffen. In 33 afrikanischen Ländern haben staatliche Maßnahmen Bäuerinnen und Bauern daran gehindert, Lebensmittel zu den

Märkten zu transportieren. Dies führte wiederholt zu der Situation, dass Händler*innen aufs Land fuhren; sie durften sich bewegen und den Bäuerinnen und Bauern ihre Ernten zu Dumpingpreisen abkaufen, um sie dann mit Spekulationsgewinnen in den großen Städten überteuert weiterzuverkaufen. Bisher ist zwar die große Spekulation an den Börsen, im Gegensatz zur Ernährungskrise 2008/09, ausgeblieben. Aber lokal wurden sowohl Produzent*innen als auch Konsument*innen Opfer von rücksichtslosen Spekulant*innen, welche mit ihrem Verhalten den Hunger weiter verschärft haben.

Für viele Bäuerinnen und Bauern kam hinzu, dass sie ihre Felder nicht betreten konnten, da sie ihre Häuser nicht verlassen durften. Dies hat dazu geführt, dass in vielen Regionen der Welt und insbesondere in Afrika entweder die Ernte nicht eingebracht werden konnte und auf den Feldern verdorben ist und/oder die neue Aussaat nicht oder erst verspätet ausgebracht werden konnte. Dieser Trend wurde im Herbst 2020 in Staaten wie Nigeria noch dadurch verschärft, dass das, was ausgesät wurde, von klimawandelbedingten Überschwemmungen vernichtet oder stark beschädigt wurde.

Als besonders verletzlich haben sich die landwirtschaftlichen Systeme herausgestellt, die mit dem Ansatz der Grünen Revolution, welcher vor allem in Afrika in den letzten 15 Jahren stark propagiert wurde, arbeiten und vor der Aussaat erst einmal Saatgut und Düngemittel beschaffen mussten. Aufgrund der Einschränkungen im Handel durch die Corona-Gegenmaßnahmen erreichten diese Betriebsmittel die

Betriebe häufig erst mit großer Verspätung. Deutlich krisenfester waren die agrarökologisch wirtschaftenden Betriebe, die noch ihr eigenes Saatgut züchten und vermehren und auf Basis kluger Anbautechniken und Fruchtfolgen nicht auf synthetischen Dünger angewiesen sind.

Kein Weg zu Arbeit

Sehr stark betroffen von den Corona-Maßnahmen waren insbesondere Wanderarbeiter*innen, sowohl in der Landwirtschaft als auch in anderen Sektoren, weil sie häufig von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit verloren haben oder aber nicht zu ihrer Arbeit zurückkehren konnten, da plötzlich die Grenzen geschlossen waren. Am dramatischsten war diese Situation in Indien. Dort machten sich im Frühjahr 2020 Millionen von Wanderarbeiter*innen auf den Weg aus den Städten zurück aufs Land – teils gingen sie mehrere hundert Kilometer zu Fuß. In den Städten fürchteten sie, ohne Arbeit und somit ohne Geld schlicht zu verhungern.

Weniger beachtet wurde das Schicksal von Millionen von Kleinfischer*innen. Auch sie verloren in den Lockdowns ihre lokalen Märkte und damit die Möglichkeit, Benzin für ihre Schiffsmotoren zu kaufen und auf die See fahren und fischen zu können. Anders war es für die großen Trawler, die die internationalen

Wertschöpfungsketten beliefern. Sie konnten weiter fischen und Fisch anlanden.⁷

Die meiste Aufmerksamkeit im Kontext Arbeitsmigration erhielt aber in Deutschland die Frage der Erntearbeiter*innen im Obst- und Gemüsebau (Spargel) und die der Wanderarbeiter*innen in den Schlachthöfen. Damit die Agrarproduktion in diesen Bereichen nicht zum Erliegen kam, wurden viele Arbeiter*innen aus Rumänien und anderen Staaten sogar eingeflogen. Doch obwohl sich gezeigt hat, wie unverzichtbar diese Menschen für das vorherrschende industrielle, auf maximale Arbeitsteilung ausgelegte Agrar- und Ernährungssystem sind, hat dies weder zu einer größeren Wertschätzung, besseren sozialen Absicherung noch gar zu nennenswerten Lohnerhöhungen geführt.

Aufgrund der schon lange bekannten schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen verbreitete sich das Coronavirus unter den ausländischen Beschäftigten in den Schlachthöfen Deutschlands besonders rasch. Die Folge waren umfassende Schlachthofschließungen und eine Diskussion über Werkverträge. Diese sollen abgeschafft werden. Aber eine grundsätzliche Debatte über unwürdige Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und wie diese weltweit behoben werden könnten, z. B. mit einer umfassenden Umsetzung der Erklärung zu bäuerlichen Rechten (UNDROP) der Vereinten Nationen⁸, wird bislang nicht geführt.

Schlechte Bilanz

Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika

Im Jahr 2006 hat die Bill und Melinda Gates-Stiftung zusammen mit der Rockefeller-Stiftung die sog. Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (kurz: AGRA) gegründet.⁵ Sie hat sich das Ziel gesetzt, die landwirtschaftlichen Erträge und die Einkommen von 30 Millionen kleinbäuerlichen Haushalten zu verdoppeln. So sollten Armut und Hunger in 20 afrikanischen Ländern bis 2020 halbiert werden. AGRA setzt dabei im Kern einseitig auf den Anbau von Monokulturen, vor allem Mais, und versucht, Ertragssteigerungen durch Inputpakete aus synthetischen Düngemitteln, Hybridsaatgut und Pestiziden herbeizuführen. Dafür baut AGRA Agrarchemiehändlernetze auf.

Eine Studie, die auf einer Analyse des Wissenschaftlers Timothy A. Wise beruht, hat die Wirksamkeit der AGRA-Programme untersucht.⁶ Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass AGRA daran gescheitert ist, die selbstgesteckten Ziele zu erreichen:

- AGRA wollte die landwirtschaftlichen Erträge in den 13 AGRA-Ländern um 100 Prozent steigern. Tatsächlich aber stiegen die Erträge von 2006 bis 2018, also unter

AGRA, nur um 18 Prozent. Das entspricht etwa den Ertragssteigerungen aus der Zeit vor AGRA.

- Anhand von Fallstudien aus Mali, Kenia, Sambia und Tansania wird deutlich, dass der von AGRA forcierte Anbau in Monokulturen mit Zukauf der entsprechenden Betriebsmittel nicht zu den gewünschten Effekten führt, sondern vielfach zu großen Nachteilen für kleinbäuerliche Erzeuger*innen: Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die an AGRA-Projekten teilnahmen, waren bereits nach der ersten Anbausaison so hoch verschuldet, dass sie ihre Kredite nicht zurückzahlen konnten und Vieh verkaufen mussten.
- AGRA-Projekte schränken die Wahlfreiheit für kleinbäuerliche Erzeuger*innen ein. Das hat dramatische Auswirkungen auf die Vielfalt von Nahrungsmitteln. Der AGRA-Fokus liegt hier einseitig auf Mais. Traditionelle klimaresistente und nährstoffreiche Nahrungsmittel werden dadurch verdrängt. So ging die Hirseproduktion im AGRA-Zeitraum von 2006 bis 2018 in den 13 AGRA-Schwerpunktländern um 24 Prozent zurück.

Im Gegenteil: Die Wertschöpfungskette, die möglichst billige Lebensmittel aus aller Welt auf Kosten der Produzent*innen und Arbeiter*innen sowie der Umwelt in die Regale der Supermärkte bringt, soll auf keinen Fall infrage gestellt werden. So werden weiter Mangos zu Tiefstpreisen aus Peru eingeführt, obwohl dort die Pandemie besonders hart wütet mit über 100 Toten je 100.000 Einwohner*innen. Höhere Preise für Agrarprodukte würden gerade Staaten wie Peru und den dortigen Produzent*innen und Landarbeiter*innen den finanziellen Spielraum geben, sich und ihre Familien besser vor dem Virus und seinen Folgen zu schützen. Schutzkleidung könnte gekauft und das Gesundheitssystem ausgebaut werden. Ein gerechteres Handelssystem würde hier helfen.

Die Covid-19-Pandemie zeigt, wie eng die Gesundheits-, Hunger- und Ernährungsfelder miteinander verbunden sind. Krankheitserreger überschreiten insbesondere dann und dort die Artgrenzen, wenn Natur und Biodiversität zerstört werden oder Mensch und Natur sich zwangsweise »zu nahe« kommen.⁹ Gleichzeitig sind die Menschen für neue Krankheitserreger besonders anfällig, die in ungesunden Umgebungen leben, z. B. weil ihnen ihr Recht auf Wasser und Nahrung oder ausreichenden Wohnraum verwehrt ist oder sie aufgrund mangelnder sozialer Sicherungssysteme gezwungen sind, trotz Erkrankung zu arbeiten. Dies betrifft insbesondere viele Menschen, die im ländlichen Raum leben und arbeiten und so die Ernährung der Weltbevölkerung sichern.

Unmissverständlich wurden in der Pandemie die extremen Lücken in vielen lokalen Gesundheitssystemen aufgezeigt: Es mangelt insbesondere an Personal für Informationsarbeit sowie Nachverfolgung und Behandlung von Infektionen, an Laborkapazitäten, an Schutzausrüstung und Medikamenten. Besonders lückenhaft ist die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und entsprechend benachteiligt die dort lebenden Menschen.

Hotspot Massentierhaltung und Fleischindustrie

Nicht nur in Deutschland gab und gibt es große Gesundheitsprobleme in den exportorientierten Schlachthöfen. Insbesondere in Brasilien und den USA kam es zu starken Covid-19-Ausbrüchen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen. Auch dort mussten Schlachthöfe geschlossen werden. In diesem Kontext stellte sich heraus, dass das Coronavirus auch auf gefrorenem Fleisch überlebt. Nachdem in China auf Märkten mehrfach aus Brasilien importiertes und mit Coronaviren kontaminiertes Fleisch entdeckt wurde, belegte China im Sommer 2020 verschiedene Schlachthöfe aus Brasilien

und den USA, in denen Covid-19 ausgebrochen war, mit Importverboten. Seitdem im Herbst 2020 in China Coronaviren immer häufiger auf gefrorenem Fleisch und Fisch auf Märkten gefunden wurde, was auf kontaminierte Importware zurückgeführt wurde, werden nun alle Tiefkühllieferungen (Fisch und Fleisch) auf Coronaviren getestet. China befürchtet, dass es über die Tiefkühlware zu neuen Covid-19-Ausbrüchen kommen kann. Kontaminierte Ladungen werden zurückgeschickt und die betreffenden Exporteure für eine Woche mit einem Importverbot belegt.¹⁰ Dass antibiotikaresistente Keime auf gefrorenem Fleisch überleben, hätte allerdings bereits aus der Debatte um Eine Gesundheit (One Health) und Antibiotikaresistenz bekannt sein können.¹¹

Wird man die Gesundheitsbedingungen im Sinne von One Health und Agrarökologie in der Fleischproduktion für Menschen, Tiere und Biodiversität nicht drastisch verbessern, wird man die bestehende Pandemie nicht in den Griff bekommen, weil sich möglicherweise immer wieder Menschen an kontaminiertem Fleisch infizieren. Gleichzeitig zerstört das bisherige System der Fleischproduktion systematisch die Biodiversität, indem immer mehr Flächen für die Futtermittelproduktion im Amazonas und anderswo gerodet werden und die Exkremate aus der Massentierhaltung Flüsse und Meer eutrophieren lassen. Die gesundheitsschädlichen Zustände in der Massentierhaltung sind hinlänglich bekannt. Die Gesundheitsprobleme der Arbeiter*innen in den Schlachthöfen benannt. Dies ist bester Nährboden, neue Pandemien entstehen zu lassen. Das Agrarproduktionssystem muss daher auch aus diesem Grund dringend grundsätzlich verändert werden.

Falsche Weichenstellungen

Doch die politischen Aktivitäten gehen in eine ganz andere Richtung. Die öffentliche und politische Debatte wird weiter stark ohne die Betroffenen geführt. Vor allem wird betont, wie gut doch die Wertschöpfungsketten gehalten hätten und die Regale in den Supermärkten nach den ersten Hamsterkäufen doch schnell wieder voll waren. Dabei wird vergessen, dass Supermärkte lange Wertschöpfungsketten vor allem für den globalen Norden, die Oberschicht im globalen Süden und natürlich für Agrar- und Ernährungskonzerne aufbauen. Aber die von Hunger und Armut Betroffenen werden meist nicht erreicht, für sie sind die während der Lockdowns geschlossenen informellen Märkte und öffentliche Versorgungseinrichtungen wie Schulessen daher essenziell. Auch Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiter*innen profitieren nicht vom Supermarktsystem, denn sie stehen am Ende der immer länger werdenden Wertschöpfungsketten und

werden von diesen zu immer niedrigeren Erzeugerpreisen bzw. Löhnen gezwungen.

Die Stimmen dieser Betroffenen werden immer weiter aus den Debatten gedrängt. Dies wird dadurch begünstigt, dass die meisten politischen und öffentlichen Debatten seit der Corona-Krise digital geführt werden. In diese digitalen Diskussionsräume hat nicht jeder/jede Zugang, häufig fehlt Elektrizität oder Internetempfang. Zusätzlich ist es im digitalen viel einfacher, Debatten vorzustrukturieren und kritische Fragen gar nicht erst zuzulassen oder gezielt abzuwimmeln.

Stärkster Ausdruck dieser politischen Krise der Welternährungsarchitektur und der Krise politischer Beteiligung ist der Food Systems Summit der Vereinten Nationen 2021 in New York. Grundsätzlich wäre dieser Gipfel dafür prädestiniert, zwei Jahre nach dem Beginn der Pandemie zukunftsweisende Antworten darauf zu geben, wie denen von der Pandemie am meisten Betroffenen in Zukunft besser geholfen werden kann und die Ernährungssysteme der Welt – basierend auf dem Recht auf Nahrung und mit Blick auf die weiteren Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) – zukunftsfähig verändert werden können.

Doch von Beginn an hatte der Gipfel eine ganz andere Stoßrichtung, denn er wurde zusammen mit dem Weltwirtschaftsforum – und am Komitee für Welternährung (CFS) vorbei – geplant. Es ist daher zu befürchten, dass beim Gipfel vor allem Entschei-

dungen getroffen werden, die der Wirtschaft und den Konzernen nutzen und stark technokratisch geprägt sind, statt denen eine Stimme zu geben, die von Hunger betroffenen sind.

Würde sich der Gipfel am CFS orientieren, wäre er ganz anders aufgebaut. Das CFS ist das Gremium, welches den von Hunger und Mangelernährung Betroffenen die meisten Mitspracherechte einräumt. Im CFS sind diese Gruppen im zivilgesellschaftlichen Mechanismus (CSM) organisiert und aktiver Teil der Verhandlungen; so wird dafür gesorgt, dass die Stimmen der Betroffenen gehört werden.

Verschärft wurden die Befürchtungen um die Ausrichtung des Food Systems Summit durch die Ernennung von Agnes Kalibata, Präsidentin von AGRA, als Sonderbotschafterin für den genannten Gipfel (zu AGRA siehe Kasten oben). Die internationale Zivilgesellschaft protestierte im März 2020 mit einem Offenen Brief, der von über 550 Organisationen unterzeichnet wurde, gegen die inhaltliche Ausrichtung des Gipfels und die mangelnden Möglichkeiten, sich angemessen beteiligen zu können.¹²

Doch die Bedenken der Zivilgesellschaft wurden mit der Ernennung des Scientific Board des Gipfels weiter verschärft. Denn ein Großteil der benannten Wissenschaftler*innen steht vor allem für agrarindustriell-technische Lösungen und kaum für neue Ansätze wie Agrarökologie. Zusätzlich sind viele von ihnen in Interessenkonflikte verwickelt. So ist auch die Vorsitzende dieses wissenschaftlichen Gremiums Mitglied des Boards von AGRA. So ist zu befürchten, dass die Ansätze der Grünen Revolution und verbundene Denkmuster stark in den Strukturen und des Gipfels verankert werden können. Wieso führende Mitglieder von AGRA eine solch prominente Rolle bei diesem Gipfel spielen sollen, ist nicht ersichtlich.

Die internationale Zivilgesellschaft hat auf die zunehmenden Probleme beim Gipfel im Oktober 2020 mit einem Aktionsaufruf, sich außerhalb des Gipfels zu engagieren, reagiert.¹³ Ihr Ziel und ihre Antwort auf die Pandemie ist klar: Die globalen Ernährungssysteme müssen gerecht, agrarökologisch und demokratisch umgestaltet werden. Nicht das industrielle Ernährungssystem mit all seinen ökologischen und sozialen Kollateralschäden, sondern die zu überwiegenderen Teilen agrarökologisch wirtschaftenden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die Schätzungen zufolge nach wie vor 80 Prozent der in Asien und Sub-Sahara Afrika konsumierten Lebensmittel produzieren,¹⁴ müssen gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Folgerungen & Forderungen

- Die globalen Ernährungssysteme gerecht, agrarökologisch und demokratisch zu gestalten, geht nur, wenn die Macht der internationalen Konzerne und des agrarindustriellen Komplexes begrenzt wird und die Betroffenen umfassend einbezogen werden.
- In der bisherigen Ausrichtung wird der Food Systems Summit der Vereinten Nationen scheitern und keinen positiven Beitrag zu Kampf gegen den Hunger leisten.
- Der One-Health-Ansatz muss als neue Grundlage der nationalen und globalen Gesundheits- und Landwirtschaftspolitik verankert werden.
- Dies erfordert, den One-Health-Ansatz holistisch (Agrarökologie muss im Bereich Landwirtschaft als Grundlage verankert werden) und menschenrechtsbasiert (Recht auf Nahrung) sowie am Schutz der Biodiversität auszurichten.
- Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum in den Ländern des Südens muss endlich ausgebaut werden. Ein wichtiger Beitrag dazu ist es, dass die Pharmakonzerne auf ihre Patente verzichten. Dies gilt nicht nur für Medikamente zur Heilung von Corona und Impfstoffe.

Anmerkungen

- 1 Die Zahlen in diesem Absatz sind entnommen aus: Positionspapier Welternährung 2030. 11 Schritte für eine Zukunft ohne Hunger. Aachen 2020, S. 4 (www.forumue.de/wp-content/)

- uploads/2020/10/Positionspapier_welternaehrung2030_web20201009.pdf).
- 2 Zum Ganzen siehe auch den Bericht von FIAN International: Monitoring report on the right to food and nutrition during Covid-19. June 2020 ([www.fian.org/files/files/Covid_Monitoring_Report_-_Template_EN\(1\).pdf](http://www.fian.org/files/files/Covid_Monitoring_Report_-_Template_EN(1).pdf)).
 - 3 Quelle: Siehe Anm. 1, S. 4.
 - 4 Weitergehende Informationen hierzu finden sich bei Brot für die Welt im Blog von I. Jacobsen: Therapie mit schweren Nebenwirkungen (11. Mai 2020) (www.brot-fuer-die-welt.de/blog/covid19-lokal-angepasste-massnahmen-statt-ausgangssperren/).
 - 5 Siehe hierzu das Hintergrundpapier von J. Urhahn und S. Tanzmann: Eine unheilvolle Allianz – Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika. 30. November 2018 (<https://webshop.inkota.de/node/1558>).
 - 6 Siehe hierzu Brot für die Welt et al.: Falsche Versprechen. Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA). Juni 2020 (<https://webshop.inkota.de/node/1612>).
 - 7 Weitergehende Informationen hierzu finden sich bei Brot für die Welt im Blog von F. Mari: Covid 19 Krise: Fischmangel trotz Fangsaison (6. Juni 2020) (www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2020-covid-19-krise-fischmangel-trotz-fangsaison/).
 - 8 Siehe hierzu den Beitrag von Lena Bassermann in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 98–99).
 - 9 Siehe hierzu auch den Beitrag von Joachim Spangenberg in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 208–212).
 - 10 China to suspend imports from companies if shipments of frozen food test positive for COVID-19. In: The Poultry Site 14. September 2020 (www.thepoultrysite.com/news/2020/09/china-to-suspend-imports-from-companies-if-shipments-of-frozen-food-test-positive-for-covid-19).
 - 11 Siehe hierzu auch den Beitrag von Reinhild Benning in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 275–281).
 - 12 www.foodsovereignty.org/wp-content/uploads/2020/03/EN_Edited_draft-letter-UN-food-systems-summit_070220.pdf.
 - 13 Open call for engagement to respond to the UN Food Systems Summit (www.csm4cfs.org/wp-content/uploads/2020/10/EN-Open-Call-on-UN-Food-Systems-Summit-12-October-2020-1.pdf).
 - 14 International Fund For Agricultural Development (IFAD): Smallholders, food security and the environment. Rome 2013 (www.ifad.org/documents/38714170/39135645/smallholders_report.pdf/133e8903-0204-4e7d-a780-bca847933f2e).



Stig Tanzmann

Landwirt und Agrarwissenschaftler, seit 2010 als Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt.

stig.tanzmann@brot-fuer-die-welt.de